

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946**

94 (15.10.1946)



# Sozialismus tut not

Von Walter Schwedtfeger

Sozialismus — ein sehr klarer Begriff, auf Gemeinwohl basierend, eine Ordnung wählend, die jeden vor Ausnutzung und Ausbeutung schützt, jedem ein menschenwürdiges Dasein sichern soll. So bedeutet verwirklichter Sozialismus Freiheit der einzelnen, gezeitigt durch die Achtung vor den Rechten und der Freiheit der anderen, so bedeutet er Freiheit von Furcht und Freiheit von Not. Ein klarer Begriff, wie gesagt, ist dem nichts zu drehen und zu drehen ist, Niemand, der ernst genommen werden will, könnte mehr wagen, den Sozialismus zu verneinen, sich seiner Verwirklichung in den Weg zu stellen.

Keine Partei daher in Deutschland, die nicht für sich in Anspruch nimmt, sozial zu denken und zu wollen, Erfreulich, daß ihn damit jede Partei bejahet, Erfreulich noch wäre, es strebte jede Partei danach, ihn zu erfüllen, zu verwirklichen. Denn eine so klare Sache Sozialismus auch ist —, in den Äußerungen mancher Seiten zu ihm und über ihn erachtet er plötzlich verschwommen, gleichsam vernebelt. Stellen wir darum einmal ganz scharf umrissen heraus, was Sozialismus ist, wie der Sozialismus aussehen muß, dessen Verwirklichung Sinn haben soll. Den Sinn nämlich, die deutsche Wirtschaft auf gesunde Grundlage zu stellen, dem deutschen Menschen ein lebenswertes Leben zu ermöglichen.

Das heutige Deutschland ist ein Provisorium, ein Notbau, der in allen Fugen kracht, durch dessen Ritzen und Lücken der Wind pfeift. Baut man nicht feste Pfeiler und Träger, schafft man nicht sichere Fundamente, wird dieser Bau in absehbarer Zeit zusammenfallen. Mit Stützen hier, mit Verankerungen dort, ist die Dauer nicht gehoben. Nicht eine Art bessere Barockdekor, sondern ein solider Neubau Deutschlands mit gestunden, luftigen und sonnigen Räumen und Garten zu Nut und Freude für jeden tut not. Ihn errichten wir nur mit der Baudecke Sozialismus.

Sozialismus ist nicht eine Angelegenheit für wenige, sondern für alle. Er dient nicht einer Interessengruppe, sondern dem ganzen Volk. Er kann also ohne Planung und ohne Lenkung nicht sein. Das gibt manchen, denen Sozialismus den privaten im Geldbeutel wurzenden Egoismus dämpfen muß und wird, Anlaß zu Geschrei. Aus Planung machen sie Totalität des Staates, aus Lenkung Bürokratisierung der Wirtschaft, bewußt maßlos überhebend, um „freie“ Wirtschaft, den Tummelplatz des Egoismus und der Profitgier, behaupten zu können. Ihnen geht es nicht um das Ganze, sondern nur um das Ich, um den persönlichen Vorteil. Schwer vorstellbar, daß sie nicht bezweifeln, wie kurzzeitig dieser Vorteil wäre, daß auch sie nicht leben können, wenn das Ganze stirbt.

So liegen die Dinge: Auch wirtschaftlich ist Deutschland ein Trümmerhaufen. Es wird aufgeräumt, das brauchbar Gebliebene geborgen und benutzt. Glaubt jemand, daß heute ein Haus gebaut werden könnte, wenn jeder willkürlich sich von dem vorhandenen Material nehmen könnte? Der eine hätte vielleicht die Mauer errichtet, aber der andere hätte alles Glas für die Scheiben, der dritte die Kabel für die Lichtleitungen usw. Aber keiner bekäme sein Haus fertig. In solcher Situation — und im Großen gesehen, werden wir nie noch auf lange Jahre hinaus haben —, geht es nicht ohne gerechte Verteilung, die wiederum Planung und Lenkung unter dem Gesichtspunkt der Dringlichkeit voraussetzt. In diesem Zusammenhang sind vornehmlich nicht Theater, Kinos, Vergnügungsorte, sondern Wohnungen und Arbeitsstätten! Und jeden Stein, jede Tonne Eisen und Stahl, jede Glühbirne usw. braucht das verarmte deutsche Volk so billig wie möglich. Das bedeutet, daß jede unnötige Belastung beseitigt werden muß.

Was ist das Wesen des Konzernbetriebes, wie wir ihn — um ein paar zuvörderst Beispiele zu nennen — in den Vereinigten Stahlwerken, in der I.G.-Farbenindustrie, in Siemens & Halske, in den D-Banken usw. hatten? Eine anonyme Anzahl von Aktionären, eine Großzahl von Aufsichtsräten, verdienten Dividenden und Tantiemen, nicht für Arbeit, sondern für Kapitalhabe. Ich höre den Elwand: Kapital ist eine Summe von Arbeit. Sehr richtig! Aber nicht die Arbeit, sondern die Aktionäre und Aufsichtsräte, sondern die Arbeiter und Angestellten leisten. Gewiß braucht ein Unternehmen Überschüsse für Rückstellungen, für Erneuerungen. Was es aber darüber hinaus erarbeitet, das hat in ihm Arbeitenden nicht aber denen zugute zu kommen, die für den Betrieb keinen Finger rühren und nur jährlich ein oder zweimal für ein paar Minuten in der Bilanzprüfung der Treuhändergesellschaft bereits festgestellt hat, nicht denen, die jährlich einmal in einer Generalversammlung zur Beschlußfassung über die Dividende erscheinen. Großkonzern, die wie der berüchtlichste schwerindustrielle Langsamverder (die „Union der festen Hand“) zum Staat in Staat werden und mit dem Kapital regieren, Kartelle und Syndikate, haben in einer sozialen Demokratie nicht mehr zu suchen. Das bedeutet nicht Zerlegung der Großbetriebe, soweit sie strukturell erforderlich sind, aber ihre Entprivatisierung, ihre Überführung auf dem genossenschaftlichen Wege in die Hand der Arbeitenden. Man wende nicht ein, daß damit die Initiative, deren Unentbehrlichkeit durchaus anerkannt wird, zum Erliegen käme. Es ist nicht der Profit, der Initiative weckt — wie die überlebte kapitalistische Auffassung glauben macht will. Das Arbeiten aus der freudigen Verantwortung heraus, den Schaffenden ein besseres Leben zu bieten, gibt stärkere Impulse, schafft größere Initiative als der Profitgier. So wenig wie der private Industriebetrieb ist der private Großkonzern in einer Zeit, in der Tausende von Flüchtlingen aus landwirtschaftlichen Berufen Neubürger werden müssen und ein volles Recht darauf haben, den Grund und Boden zugewiesen zu erhalten, der ihnen die Existenz sichert, aus dem sie zur rationellen Versorgung in dem auf restlose Bodenausnutzung angewiesenen Deutschland beitragen können.

Die Ausschaltung der Produktionsverteilung durch den Dividenden- und Tantiementeil ist unerlässlich. Mit Halbbetrieben ist hier nicht gedient. Bedenken sind nicht am Platze. Die Schwerindustriellen und Großfinanziers, die Hitler in den Sattel hoben, die Kriegspolitik betrieben und die Schuld an der Katastrophe tragen, können unbedenklich entschädigungslos enteignet werden. Den Kleinaktionären gegenüber wäre eine Lösung — über Jahre verteilt — zu bevorzugen. Soweit Mittelindustrie bestehen bleibt, ist die Interessensicherung der Schaffenden durch die Betriebsräte in vollem Maße zu sichern, d. h. sie müssen vollen Einblick in die und Mitbestimmung bei der Geschäftsführung haben; auch hier muß dafür gesorgt werden, daß der Schaffende nicht nur Mitarbeiter, sondern auch Nutznießer des Betriebes ist. Als zentraler zu erreichendes Ziel ist gesetzt die Gewinnbeteiligung des Schaffenden. Wie stellt man sich vor, Sozialismus verwirklichen zu können, wenn man gleichzeitig „freie Wirtschaft“, das „freie Spiel der Kräfte“ predigt? Mit dem freien Kräftespiel sind wir so weit gekommen, daß der wirtschaftlich Schwächere unterdrückt und ausgenutzt wurde, daß sich Machtzentren mit dem Willen des Stärkeren zu bilden, Kapital bildeten und ihre eigennützige Politik betrieben, die unzureichende Löhne, unnütze Verteuerung der Verbrauchsgüter, Wirtschaftskrisen aus zielloser Produktion und zuletzt Krieg und Elend der Massen bedeutete, Verbilligung der nach dem Bedarf gelenkten Produktion, damit Krisenverhin-

derung, Teilnahme schließlich der Schaffenden an den dann gewissen Überschüssen, ausreichende Fürsorge im Falle von Krankheit und Invalidität, bedingte Kompromißlosigkeit.

Deutschland hat aufgeführt, ein Staat großer industriekapazität zu sein. Ob er es für Zwecke friedlicher Erzeugung wird einmal wieder werden können, wie zu erhoffen ist, läßt sich zur Zeit noch nicht entscheiden. Das Schwerkrieg aber liegt heute im Mittel- und Kleinbetrieb, ihn zu verstaatlichen, ihn seinen Besitzern zu nehmen —, daran denkt kein Mensch. Kann Deutschland Gegenteil, hier ist die Betriebsstruktur in Industrie, Gewerbe, Handel, Landwirtschaft, die gefördert werden wird, weil sie uns Ersatz bieten muß für überaus viel Zerstückeltes. Nur wird man auch hier auf Verwirklichung der sozialen Forderung auf gehobene Berücksichtigung des Interesses der Verbraucher und der Schaffenden bestehen.

Der können keinen Sozialismus verwirklichen, wenn ein private Interessenswirtschaft, private Profitmacherei und Produktionsverteilung auf Kosten der Gesamtheit weiter geduldet oder gar sanktioniert wird. Reichere Staaten mögen sich das erlauben können, dem zerschuldeten Deutschland verbietet es sich aus Verantwortung vor seinen Menschen, die allein schon auf ihrer Arbeit heutzutage Recht haben, von Not befreit zu werden. Es verbietet sich im Hinblick auf die Kommenden. Es gibt nur einen Sozialismus, den, der jeden Kapitalismus beseitigt. Nur diesen Sozialismus können wir dem deutschen Volk gegenüber verantworten. Diesen Sozialismus haben wir zu verwirklichen, gleichgültig dann, ob aus sozialistischer oder aus christlicher Verantwortung. Jede Verwirklichung des Sozialismus — denn es gibt nur den einen — ist verdammenswerte Unverantwortlichkeit.

# Für Herabsetzung der Reparationsätze

Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „Der Wirtschaftsrat bittet die Herren Ministerpräsidenten und über sie die Landesregierungen, von dem nächsten Reichstag, dem Reichstag der Weimarer Republik, über Omas-Berlin dem Kontrollrat zu unterbreiten.“

Die Wirtschaftsminister der drei Länder Bayern, Hessen und Württemberg-Baden haben von ihrer Militärregierung bewundernde Listen von Betrieben zusammengestellt, die endgültig für Reparationsleistungen bestimmt sind. Ein Abbau der zahlreichen volkswirtschaftlich wichtigen Betriebe würde den Fortbestand der deutschen Wirtschaft und die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes in so hohem Maße gefährden, daß sich die Wirtschaft nicht ohne Unterstützung der Landesregierungen und ohne der Militärregierung den Ernst der Lage vor Augen geführt zu haben, außerstande erklären, für sich allein die Verantwortung für die weitere Entwicklung zu übernehmen.

Der Industrieminister hat sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht die Grundlage der Reparationsleistungen und recht dabei von dem bis heute noch nicht verwirklichten Tatbestand einer deutschen Wirtschaftseinheit aus. In Besprechungen mit der Militärregierung wurden deshalb im Wirtschaftsrat vornehmlich die Lege der Reparationsleistungen verbindliche Richtlinien aufgestellt.

1. Es sollen die durch den Verlust der östlich der Oder gelegenen früheren deutschen Wirtschaftsgebiete entstehenden Erzeugungskapazitäten in Abzug gebracht werden dürfen.

2. Ebenso dürfen die durch Kriegseinwirkungen zerstörten Produktionsleistungen unter Ansatz bleiben und überschreitenden Reparationsleistungen sollen bei der endgültigen Festlegung der Reparationsleistungen anderen Zonen in Anrechnung gebracht werden dürfen. Um jedoch diesen Grundsätzen in sinnvoller Weise Geltung zu verschaffen und sie in den Auswirkungen beurteilen zu können, muß die wirtschaftliche Lage Deutschlands allen verantwortlichen Instanzen klar erkennbar sein. Folgende Faktoren sind dabei zu beachten:

1. Bei der Festlegung der Reparationsleistungen sind die auf dem Gebiet der westlichen Zonen vorhandenen Kapazitäten und der darauf basierenden Reparationsleistungen haben die während der letzten 10 Jahre tatsächlich eingetretene Kapazitätsverluste und Kapazitätschwünge durch mangelnde Instandhaltung und Reparaturen, die durch die rückwärtigen Zonen in der Zementindustrie können diese Verluste heute mit 35-40% der Kapazität bedingt werden.

2. In den Jahren 1942-44 sind in großem Umfang Produktionsmittel für wichtige Fertigungen in östliche und südöstliche Gebiete verlagert worden, die heute nicht mehr zum deutschen Reichsgebiet gehören, aber in den Statistiken noch so figurieren.

3. Das verfügbare statistische Aktenmaterial deutscher Außenhandelsbeziehungen ist unzureichend. In den Jahren 1944/45 entstanden sind:

4. Nach Erfüllung der Reparationsleistungen in dem vorgeschriebenen Umfang ist ein erhebliches Industrieexportpotential nicht mehr aus, um der Masse der erwerbsfähigen Bevölkerung Arbeit und Brot zu gewähren. Dieser Tatbestand wird insbesondere nach einer Währungsreform die ersten sozialen Erschütterungen auslösen.

5. Struktureller Umbau der deutschen Wirtschaft darf ohne Zerstörung der Existenzgrundlagen des deutschen Volkes nur im Einklang mit dem Ansatz und Ausbau des deutschen Außenhandels vorgenommen werden.

Wenn deshalb die Entscheidungen über Reparationsleistungen politisch versagbar, wirtschaftlich sinnvoll und sozial tragbar sein sollen, dann kann auf eine neu durchzuführende, objektive und systematische Untersuchung des sehr umfassenden Tatbestandes nicht verzichtet werden. Vor allem ist dabei zu berücksichtigen, daß durch die Ausgliederung der östlich der Oder gelegenen deutschen Gebiete 25% der deutschen Agrarproduktion in Westfall kommen, während gleichzeitig nicht falsches Wort von Flüchtlingen die Bevölkerungszahl in dem restlichen Deutschland von 120 auf 140 Millionen, in den Westzonen

# Was mir auffällt

Von W. Necker

Der folgende Artikel stammt von einem deutschen Journalisten, der in England emigrierte und vor kurzem nach Deutschland zurückkehrte.

Es ist mir natürlich vieles aufgefallen, seit ich nach Deutschland zurückgekehrt bin. Ganz langsam allmählich, sind diese Veränderungen gekommen, so daß die meisten sie wahrscheinlich gar nicht bemerkt haben und auch heute noch nicht bemerken können. Eine Veränderung konnten wir alle im Ausland schon bemerken: den Verfall der deutschen Sprache. Wir hörten bereits 1933, daß der Wille Hitlers nicht „unbedingt“ auch schon ein komisch anmutendes, aber wenigstens nicht falsches Wort — sondern „ein unbedingter“ sein wurde. So schwillst sich an und mit der Zeit wurde es immer schwülziger.

Wenn Hitler wenigstens neue Fehler und Verdröhnungen erfunden hätte! Die Fehler, die er machte, die Verdröhnungen, die er benutzte, waren aber nur die altbekannten Dummbheiten des durchgefallenen Quartaners, mit viel zehn Jahren die Realschule verlassen muß, weil seine Lehrer weitere Bemühungen für unzuverlässig hielten. Nehmen wir die vielen Siege der Wehrmacht: sie waren fast alle „einmalig“, die Partei war eine einmalige Schöpfung. Gott sei Dank, fühlen wir uns verpflichtet zu sagen und wir hoffen, daß er Recht hatte und der Spuk nicht wiederkehrt. Nur daß hier Adjektiv und Adverb verwechselt wurden, das hat alschneidender Hiltler nicht bemerkt, das haben alle die Nachbeter seine Stille nicht bemerkt und viele bemerken es auch heute noch nicht.

Noch verbreiteter ist die häßliche und ganz unnötige Verdröhnung der Sprache, nach der ein Stück nicht „aufgeführt“ wird, sondern „zur Aufführung kommt“; Karten werden nicht ausgegeben, sondern „kommen zur Ausgabe“, ja, sie „kommen sogar zur Veranschaulichung“. Es ist sprachliche Hochstapelei und Hochstapler sind zwar meistens zu anzugehen, das gehört zu ihrem dunklen Geschäft, aber sie

# Entschließungen von CDU und KPD

Am 13. Oktober traten in Karlsruhe Landesversammlungen und Landesausschüsse der CDU im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen zu einer Besprechung der politischen Lage zusammen. Der Bericht des Landesvorsitzenden, Bürgermeister Heurich, Karlsruhe, fand allgemein Zustimmung. Die Aufstellung der Wahlbewerber für den Landtag war Gegenstand einer sehr lebhaften Aussprache, an der der Vertreter sämtlicher Kreisverbände und vor allem auch die Junge Union sich fege beteiligte.

Im Hinblick auf die vordringliche Not für den Landesausschuss folgende einmütig gebilligte Entschlüsse:

**Entschlüsse**  
Mit brennender Sorge verfolgt die CDU den Weg, den unser Volk in den kommenden Winter gehen hat. Der bisherige Mangel an Lebensmitteln aller Art wirkt sich bereits in wachsenden Krankheitsziffern und steigenden Sterblichkeitskurven aus. Das Brot reicht nicht, und die Winterkellerung der Kartoffeln ist weithin nicht gesichert.

Die CDU hält es für eine ihrer vordringlichsten Aufgaben, alle verantwortlichen Stellen auf diesen Notstand hinzuweisen, dessen Folgen sich — nach dem Bericht des Landesvorsitzenden — in vielen Gebieten erheblich hinter den Ergebnissen des letzten Jahres zurückgeblieben, während durch den Zustrom der Flüchtlinge Tausende von neuen Verbrauchern hinzugekommen sind, so daß sich eine bedenkliche Zuspitzung der Versorgungslage ergeben hat. Unser Volk aber muß leben und arbeiten. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gefahren einer Lebensnotlage des deutschen Volkes vernachlässigend Entwicklung vor Augen zu führen.

# Geschäftsverkehr zwischen US- und Sowjetzone

Wiesbaden, 14. Okt. (dona) Eine Erleichterung für den Geschäftsverkehr zwischen der US- und der sowjetischen Zone Deutschlands ist darin zu erblicken, daß jetzt auch Württemberg-Baden und Bayern Palakommen mit Thüringen auf derselben Grundlage getroffen haben wie Großhessen. Der in deutscher, englischer und russischer Sprache ausgearbeitete Dreisprachen-Paß gestattet dem Inhaber einen reibungslosen Reiseverkehr zwischen der US-Zone und Thüringen.

# Ernährungslage der US-Zone

Heidelberg, 14. Okt. (dona) Die amerikanische Militärregierung wird nun dann bereit sein, weitere Zusätze für die Brot- und Nahrungsmittelversorgung der deutschen Bevölkerung in der US-Zone zur Verfügung zu stellen, wenn die deutsche Regierung ihre Abhängigkeit von einheimischen Nahrungsmitteln in vollem Umfang erlässt, erklärte der stellvertretende Leiter des Landesernährungsamtes, Oskar P e c h e n, vor Vertretern der Presse.

Der Wert der von der amerikanischen Militärregierung von Januar bis jetzt nach Nordbaden gelieferten Nahrungsmittel belief sich auf rund 50 Mill. Mark. Im Einzelnen wurden von Januar bis August dieses Jahres für Nordbaden geliefert: 23.243 t Mehl, 32.722 t Weizen, 3999 t Mais, 8574 t Roggen, 4169 t Hülsenfrüchte, 6610 t Nahrungsmittel, 1405 t Trockenmilch, 1250 t Trockenkorn, 267 t Bienenmilch, 1556 t Trockenkonserven, 563 t Trockenobst, 3720 t Gemüsekonserven, 439 t Fruchtsaft, 2141 t Trockenkartoffeln. Vergleichsweise führte der stellvertretende Leiter des Landesernährungsamtes dann die Zahlen für die westliche Zone an: 13.300 t Mehl, 13.300 t Weizen, 13.300 t Mais, 13.300 t Roggen, 13.300 t Hülsenfrüchte, 13.300 t Nahrungsmittel, 13.300 t Trockenmilch, 13.300 t Trockenkorn, 13.300 t Bienenmilch, 13.300 t Trockenkonserven, 13.300 t Fruchtsaft, 13.300 t Trockenkartoffeln.

Die Erhöhung der Lebensmittelrationen vom Beginn der 94. Zustellungsperiode bedingt, wie P e c h e n mitteilte, die Erhöhung der Ration von 337.000 Einwohnern in Nordbaden pro Zustellungsperiode eine Menge von rund 11.500 t Brotgetreide. Unter Einbezug der Nahrungsmittel-Erzeugung aus einheimischer Getreide und Hafer kann Nordbaden also praktisch den Bedarf für etwa drei Zustellungsperioden in sich selbst decken. Für die übrigen zehn Lebensmittelperioden des Jahres ist die Bevölkerung Nordbadens auf die Unterstützung der Besatzungsmacht angewiesen.

lesten Wohnungen in der Winterzeit durchzuführen. Ebenso ist die Kohlenversorgung nicht gesichert. Bei einem großen Teil der Ostvertriebenen fehlen Öfen. Wir richten einen dringenden Appell an die alliierten Militärregierungen auf Zuweisung ausreichender Kohle zur Winterheizung.

Landesregierung und Länderrat werden gebeten, alles zu tun, um diese akuten Notstände schnellstens zu beheben.

# KPD zur politischen Säuberung

Die Landesleitung der Kommunistischen Partei, Land Baden, nimmt zur politischen Säuberung wie folgt Stellung:

„In den Kreisen unserer Bevölkerung verbreitet sich mehr und mehr eine allgemeine Unruhe über das Schnecken-Tempo der dringend durchzuführenden politischen Säuberung in Wirtschaft und Verwaltung. Die Nürnberger Freisprüche von Papen, Schacht und Fritzsche haben die allgemeine Spannung noch vergrößert. Zur gerechten und beschleunigten Durchführung der politischen Reinigung wurde unser Genosse Eckert beauftragt, ein Säuberungsgesetz auszuarbeiten. Dieses wurde von der badischen Landesverwaltung bereits einstimmig angenommen und am 23. August der Militär-Regierung nach der Entscheidung vorgelegt. Die politische Säuberung ist Gegenstand breiter Erörterungen und allgemeiner Kritik in unseren Wahlversammlungen und besonders unter der Arbeiterschaft. Man hört immer wieder das Urteil: „Die Kleinen werden zehnt und die Großen läßt man laufen.“

Es kommt die Befürchtung zum Ausdruck, daß reaktive Elemente am Werke sind, eine gerechte Säuberung zu verzögern, mit dem Ziele, sie zu verhindern. Durch die Übernahme der Bildung und Leitung des politischen Kontroll-Ausschusses für die Säuberung in Baden, durch unseren Genossen Eckert hat unsere Partei eine große Verantwortung auf sich genommen. Die Landesleitung der kommunistischen Partei erklärt deshalb, daß sie entschlossen ist, ihre notwendigen Entschlüsse zu treffen, die sich aus einer weiteren Verzögerung der Entscheidung über das vorliegende Säuberungsgesetz ergeben müßten.“

# Lohnverhöhung durch Kollektivverhandlungen

Berlin, 14. Okt. (dona) Die amerikanische Militärregierung für Deutschland hat am Freitag eine Anweisung zur Anwendung eines Viermächteübereinkommens über eine gemeinsame Lohnpolitik der Alliierten in Deutschland bekannt. Die Anweisung, die von der Arbeitsabteilung der Militärregierung herausgegeben wurde, zielt den Grundsatz aufrecht, daß die Frauen die gleiche Bezahlung wie Männer für die gleiche Arbeit erhalten sollen und daß gewisse Lohnausgleichungen durch Kollektivverhandlungen zu schaffen sind.

In Erläuterung zu diesen Änderungen der Lohnpolitik hat die Abteilung für Arbeitsfragen bei der amerikanischen Militärregierung noch folgendes bekannt: Grundsätzlich hat das Prinzip des Lohnsopps beizubehalten. Die Abänderung laut Anordnung Nr. 14 wird die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger nicht betreffen. Lediglich solche Löhne sollen unter bestimmten Voraussetzungen eine Änderung erfahren können, bei denen es notwendig erscheint, Anpassungen vorzunehmen oder offensichtliche Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Die Lohnausgleichungen, wie sie durch die neue Anordnung vorgesehen sind, sind freiwillig und nicht zwangsweise vorgeschrieben. Die Anweisung über die Lohnfrage gestattet ferner Tarifabkommen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden festzulegen. In der Anordnung Nr. 14 ist ferner bestimmt, daß alle Lohnabänderungen der Zustimmung des zuständigen deutschen Arbeitsamtes unterliegen. Außerdem hat sich die Militärregierung das Recht vorbehalten, vorgeschriebene Abänderungen für unzulässig zu erklären oder zu ändern.

Die neue Anordnung gestattet, daß Lohnverhöhungen für Frauen und Jugendliche in dem Umfang vorgenommen werden können, daß sie deren Löhne auf den Stand bringen, wie er für gleichartige Arbeit und gleiche Leistung an Männer gezahlt wird. Erhöhungen der Preise zur Folge haben könnten, sind die deutschen Preisaufsichtsbehörden über die beabsichtigte Lohnverhöhung so rechtzeitig zu unterrichten, daß eventuell nachteilige Folgen vermieden werden können. Die abgeänderte Viermächteanweisung über die Lohnfrage gestattet ferner Lohnverhöhungen in bestimmten Industriezweigen, sofern es sich um Industrien handelt, bei denen ein besonderer Arbeitermangel besteht und deren Lohnniveau im Vergleich zu anderen Industriezweigen eine besondere Berücksichtigung rechtfertigt. Stundenlöhne unter 50 Pfennigen können in ähnlicher Weise auf 50 Pfennig pro Stunde erhöht werden.

Die Zonenbefehlshaber haben die Vollmacht, die Einreichung der Industriegebiete ihrer Zonen in höhere oder niedrigere Lohnstufen abzuändern, sofern hierzu Veranlassung wegen außerordentlicher wirtschaftlicher Verhältnisse vorliegt. Die Einreichung der Industriegebiete in höhere oder niedrigere Lohnstufen wird von der Abteilung für Arbeitsfragen bei der amerikanischen Militärregierung in Übereinstimmung mit anderen in dieser Frage interessierten Stellen der Militärregierung geregelt werden.

ganz von selbst zu einer „Schlange“ zu zweien, zehnte Leute dastehen oder hundert, wenn man drängt sich vor, jeder weiß, wo er zu stehen hat und wenn er dran kommt. Stellt sich heraus, daß ein Anknüpfen einen wirklich dringenden Grund hat, schneller abgefertigt zu werden, dann läßt man ihn vor und murrt nicht. So klappert alles, so gut es eben in einer Zeit klappen kann, in der es noch Karten und andere Papiere geben muß.

Was mir in Deutschland auffällt, wenn ich jetzt vergleiche, ist, daß sich das Publikum wie eine Hammelherde bestimmt. Zehn Jahre mindestens ist die deutsche Volk nur gedrillt worden, hat stehen, warten müssen, mehr Karten und Genehmigungen holen müssen als irgendwo in der ganzen Welt und gelernt hat es anscheinend nichts. Ein dicker Haufen steht vor der Tür des Polizeiamtes, dessen Tür vorsätzlich geschlossen werden muß. Ein oder zwei Dutzend haben sich bereits hineingeschoben, die Hälfte wird wieder herausgedrängt und kämpft jetzt draußen um die besten Plätze. Wer aber draußen vor gestanden hat, will die Neunkünmlinge von drinnen nicht vor sich stehen lassen; ein allgemeines Gedränge, Gemurre und Geschreie ist die Folge. Wer die stärksten Ellbogen hat, der kommt zuerst hinein, vor sie nicht hat, werden die Drängel anwandert, hat Stunden zu warten oder muß sogar am anderen Taze wiederkommen.

Ich habe vornehmlich einzuwenden, daß alles dies nicht zu über Zehnen dafür ist, daß der Drill des Militarismus im deutschen Volke doch nicht zu tiefe Wurzel gefaßt hat. Es ist aber falsch; es ist gerade ein Zeichen des Militarismus, daß alles nur unter Zwang funktioniert. Sowie der Polizeiamt im Büro und die Menge ohne Beaufsichtigung draußen ist, zerfällt die ganze Ordnung in Stücke. In einer demokratischen, freiwilligen Ordnung ohne Gummiknüppel, Notbuch, Pöffe und Schimpfen würde alles viel schneller gehen, im Büro drinnen und beim Warten draußen.

Der Deutsche ist zum Gehorchen erzogen worden zum Strammstehen und Hackenklappen aber nur vor den Führern. Jetzt, da die Führer weg-

# Das freie Wort

In einer Reihe von Zuschriften aus unserem Leserkreis werden Wünsche nach Abstellung von Mängeln in der Versorgung geäußert. Herr Walter Schmidt, K.-Hagfeld, Biedersheim 41, schreibt uns u. a.: „Die heute in Geschäften vom Verkäufer in den Kleinfachern gestellte Frage: „Sind Sie Kunde bei mir?“ muß richtig verstanden werden. Die „fremden“, d. h. dem Kaufmann unbekannten Kunden haben nämlich laut amtlichen Verfügungen das Recht, das Wenige an Kartoffeln, Gemüse, das den Geschäften zugeteilt wird, gegen so kaufen zu dürfen, als ob sie schon seit Jahren Kunden bei dem Geschäft sind und diesem bekannt sind. Nun liegen die Dinge aber so, daß die Familien, deren Mitglieder nicht arbeiten, schon meist in der Frühe die Geschäfte abfragen und eindecken dürfen, während die in Arbeit stehenden erst mittags von der Arbeit nach Hause kommen und sich dann in den Geschäften eindecken müssen, in ihrem inzwischen leererkaufenen Geschäft nicht mehr vorfinden. Für den Kaufmann ist es natürlich bitter, diese Kunden mit leeren Einkaufstaschen wieder abziehen zu lassen, aber er wagt ihnen meist nicht zu helfen, weil er sonst von dem amtierenden oder fremden Kunden, dessen er die Herausgabe der Ware verweigert, angezeigt werden würde. Zur Behebung dieses auf die Dauer unerträglichen Zustandes müßte aber durch die Behörden entsprechende folgendes veranlaßt werden: 1. dem Händler zu erlauben, regelmäßig zu seinem Geschäft hinauszufragen, der ihm die Ware meist nicht mehr abzugeben kann; auf diese Weise kann er sich über die Anzahl und die Bevölkerung bekommt zweimal wöchentlich bestimmt ihr Gemüse, 2. dem alle Gemüse muß restlos erfaßt und in der Markthalle nach Nummern verteilt werden; auch bei dieser Regelung könnte jeder Kunde regelmäßig seinen dreimal versorgt werden und der Verschwendung des Gemüses zu Kurhauspreisen nach auswärts werden ein Riegel vorgezogen. Eine Kontrolle der Gemüseversorgung wäre durch Firmenstellen in den Haushalten leicht zu erreichen.“

Frau Lina B e r z a v a schreibt uns: „Die Kinder, die in den letzten Jahren der Entbehrung zum ersten Male 100 g Chokoladepulver bekommen, doch, trotz Vorbestellung, nur auf die Marke F der vor zwei Wochen verfallenen Periode und einige Nahrungsmittelmarken. Da viele Mütter, auch sehr gewissenhaft, dieses Markenzeichen beim Einkauf anderer Waren aus der Stammkarte herausfallen mußte, verlor ich, entgeht allen diesen Kindern der Anspruch auf die Chokolade, die nun auf dem Ladentisch liegt, weil das Ernährungsamt auf dem Grundsatz besteht: „verloren ist verloren.“ Ich habe Mütter kennen, die teilweise in anderen Städten bereits für sie bestimmte Chokolade erhalten haben. Die Hindernisse, die hier vorliegen, könnten doch wohl überwunden werden.“ — Frau R o t h w e i l e r, Karlsruhe, Marienstr. 8: „Man würde es auch in Karlsruhe freudig begrüßen, wenn die Schuhwerkfabriken, wie teilweise in anderen Städten bereits eingeführt, endlich mit der Lebensmittelkarte verknüpft würde. An dieser Stelle wurde dies schon einmal vorgeschlagen, doch zuzüge es nicht. Eine hessische Stadt führte auch die Eintragung für Gemüses in jeder Karte ein, in einem beliebigen Geschäft eintragen lassen und bekommt eine laufende Nummer in den Haushalten.“

# Gegen Reduzierung der Schwerarbeiterzulagen

Der ADGB Karlsruhe und Umgebung teilt mit: Die von sämtlichen Betrieben des Altbaues gesuchte Betriebsratkonferenz in Ettlingen legte schärfsten Protest ein gegen die angekündigte Reduzierung der Schwerarbeiterzulagen.

Wenn ein Wirtschaftsausschuss, der aus dem gesamten Arbeiterrat dringend erforderlich ist, so muß von dieser Reduzierung der Schwerarbeiterzulagen unbedingt Abstand genommen werden. Die erforderliche und notwendige Einsparung der beabsichtigten Kürzung kann und muß dadurch erreicht werden, daß den Arbeit bis her fernbleibenden Nazimitgliedern diese Kürzung von ihren Lebensmittelpunkten vorzuziehen wird. Für die Maßnahmen ist das Verständnis aller demokratisch gesinnten Volksteile vorhanden.

Sollte unserem Protest nicht stattgegeben werden, tragen die verantwortlichen Stellen allein die daraus entstehenden Folgen. Ortsratkalt Altbaues, Karlsruhe.

# Vertrauensvotum für bayerischen Landwirtschaftsminister

München, 14. Okt. (dona) In der Freitag-Sitzung des Wirtschafts- und Sozialausschusses der bayerischen Verfassungskonferenz wurde einstimmig eine Maßnahme in der Ernährungsfrage beschlossen, die die Ernährungsfrage zu schweren persönlichen Angriffen des Landesvorsitzenden der wirtschaftlichen Aufbauvereinigung Alfred L o r i t z gegen Landwirtschaftsminister Dr. Josef Baumgartner, L o r i t z bezeichnete Dr. Baumgartner u. a. als „völlig unfähig für den Posten eines Ernährungsministers“. Die Angriffe hatten zur Folge, daß mit dem Stimmens der CSU, der SPD und der KPD gegen die Stimme des Abgeordneten Loritz folgender Antrag angenommen wurde: „Der Wirtschafts- und Sozialausschuß der Verfassungskonferenz Landtagsversammlung ist von dem ehrlichen Willen des Landwirtschaftsministers überzeugt, die Ernährungsfrage ist und jederzeit bereit, ihn dabei zu unterstützen.“

„Der Ausschuß verurteilt die persönlichen Angriffe des Abgeordneten Loritz gegen den Landwirtschaftsminister.“

Wiedergerge Wetzelsberg hat bei seiner Erbracht, der war auch er einen einen zesteierte sein Schaffteiert, U. Lanten“ die die B. rakter ein Adagio in vollen Ordi jedoch auch Bräcker in e Schlußbedeutung effektvoll, wank sich We k e l nicht inein stark zu vamen Ges nicht immer abgemerkte seine Ausde rube Gesch rung Dem ein privats nur zweime da waren) allerdings weiß, daß es Schließen) kitzelten) wikklich) am Gener mit Nachdr als Orchest überst sch von R. sch fettsche

# „Es lebe der Führer!“

Mit diesem albernen Ausruf, dieser stereotypen Wendung, mußten alle jene vom Leben Abschied nehmen, die von der Hitlerjuzitz zum Tode verurteilt worden waren, dann aber immerhin noch die Verurteilung genießen sollten, erschossen statt aufhängt und geköpft zu werden. Die führende Beamtin im Justizministerium lehnen es ab, der rekonzentrierten Anordnung etwas zu tun zu haben. Es mag auch sein, daß es hierüber keine schriftlichen Anweisungen gegeben hat, denn falls aber steckte darin System. Sollte sich die Exekutivbehörden die Sitte eingebürgert zu haben, regelmäßig über diese Anordnung des Führers zu berichten, um sich derart oben in Genuß zu setzen? Hat man den Todgeweihten damit geköpft und geköpft zu werden, wenn sie die Anordnungen ihres letzten Gliedens des sogenannten Führers, noch im letzten Augenblick ihres Lebens hochleben zu lassen? Oder hat man ihnen armen Teufeln versprochen, daß die Exekution noch ausgesetzt werden und ihnen das Leben erhalten werden würde, wenn sie sich zu jenem noch nicht verständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen würden? Tausende und aber Tausende, die uns hierüber verlässliche Auskunft geben könnten, lassen sich nicht befragen, weil ihnen der Mund für immer geschlossen wurde. Aber es ist unser aller Pflicht für eine Angelegenheit zu interessieren, die doch einen unverständlichen Ausruf herbeilassen



Herbstnachmittag

In der Stille einer Herbstnachmittagsstunde... Bassin eines hübschen Parks. Silberfäden schweben langsam durch die Luft.

nen, zenfalten und geschmackvoll eingesetzten... Zwei Libellen fliegen ganz tief über die Wasserfläche.

Lichtbilderabend der Bergwacht... Die Bergwacht hatte zu einem Farblichtbilder-Vortrag in den Muns-Saal eingeladen.

Auszahlung von Spenden. Ab 15. Oktober 1946... findet eine weitere Auszahlung einmaliger Spenden aus Mitteln der Karlsruher Notgemeinschaft.

SPD-Mitgliederversammlung. Die zum 14. d. Mt. einberufene Mitgliederversammlung der SPD...

Feierstunden der Jugend... Vor dem Torso des Theaterbaus am Schlossplatz werden Feierstunden der Jugend...

Neuregelung in der Ausgabe von Schubausbesserungs-Marken... Mit dem 15. Oktober 1946 tritt eine einheitliche Regelung für die Ausgabe von Anträgen...

Der Liederabend Hans Kohl... Veranstalter von der Konzertdirektion Gauß, Aht, Biedelbühl, Schweitzer, im Bonifatiusaal...

BRUCKNER-FESTWOCHE:

Die Siebente Symphonie

wiedergegeben von Generalmusikdirekt. Bertil Wetzelsberger mit der Württemb. Staatskapelle... Wetzelsberger, beim Erscheinen herzlich begrüßt...

Die Neunte Symphonie

in der Wiedergabe durch die Bad. Staatskapelle unter Generalmusikdirektor Otto Matzner... Bruckners letzte Symphonie Nummer IX...

Gedächtnisfeier am 50. Todestag Anton Bruckners

In der Markuskirche versammelte sich eine große Zuhörergemeinde... Gedächtnisfeier in der Markuskirche am 50. Todestag Anton Bruckners...

A-capella-Chöre von Bruckner

Unter der Leitung des Baden-Badener Musikdirektors... A-capella-Chöre von Bruckner vom Karlsruher Kammerchor...

Beethoven-Abend Prof. Arnold, München

Karlsruher Beethoven-Freunde werden in großer Zahl... Beethoven-Abend Prof. Arnold, München...

Einführungsvorträge

In der Vortragsreihe zur Werkwelt Bruckners... Einführungsvorträge zur Werkwelt Bruckners...

Beethoven-Abend Prof. Arnold, München

Karlsruher Beethoven-Freunde werden in großer Zahl... Beethoven-Abend Prof. Arnold, München...

Beethoven-Abend Prof. Arnold, München

Karlsruher Beethoven-Freunde werden in großer Zahl... Beethoven-Abend Prof. Arnold, München...

Beethoven-Abend Prof. Arnold, München

Karlsruher Beethoven-Freunde werden in großer Zahl... Beethoven-Abend Prof. Arnold, München...

Abschluß der Oetigheimer Volksschauspiele

Insgesamt 15 Aufführungen des Mysterienspiels „Das Welttheater“... Ein wahrer Sonntag mit dem letzten Spiel...

Die Jagd im Zeichen der Zeit

Klarheit für die Belange der Jäger erforderlich... Bestimmt sind genügend Weidmänner vorhanden...

Im Fackelschein vor der Theaterneue

Fränkischer Chor der kathol. Jugend... Die kathol. Jugend von Karlsruhe versammelte sich...

Hauptschuldige und Aktivisten verurteilt

Öffentliche Sitzung der Spruchkammer... Die Spruchkammer I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Eismann...

Schach-Post

Schach-Post. Ausgabe Nr. 25. Von Isabella Keller. Problemwettbewerb Finnland - Rumänien 1938. 1. Preis. Matt in 2 Zügen.

Radioprogramm

Stuttgarter Sender. Mittwoch, 18. Oktober: 10.00 Schulfunk, 12.45 Sächseln, 14.45 Haus- und Heim, 15.00 Altes Buch, 18.30 Ferien der Literatur, 19.30 Volk und Staat, 21.00 Hörspiel.

Beethoven-Abend Prof. Arnold, München

Karlsruher Beethoven-Freunde werden in großer Zahl... Beethoven-Abend Prof. Arnold, München...

Beethoven-Abend Prof. Arnold, München

Karlsruher Beethoven-Freunde werden in großer Zahl... Beethoven-Abend Prof. Arnold, München...

Beethoven-Abend Prof. Arnold, München

Karlsruher Beethoven-Freunde werden in großer Zahl... Beethoven-Abend Prof. Arnold, München...

